

Judenburger Rundschau

www.kpoe-steiermark.at

Ausgabe 90, Dezember 2008 – Infopost – Postentgelt bar bezahlt - Aufgabepostamt 8020 Graz

Zeitung der **KPO** Judenburg

Neue Aufbahrungshalle: Wo bleibt das Projekt?

Der Judenburger Stadtfriedhof braucht eine neue Aufbahrungshalle. Gemeinderätin Christine Erschbaumer stellt die Frage, warum ein Projekt in dieser Frage so lange auf sich warten lässt.

Die engagierte KPÖ-Mandatarin: „Kürzlich war ich bei einer Verabschiedung am Judenburger Friedhof. Im Vordergrund stand die Trauer um die Verstorbene, eine langjährige Tierschützerin; diesen Menschen gilt meine Hochachtung.

Gleichzeitig fiel mir wieder auf, wie dringend unsere Stadt eine neue Be-

stattungshalle bräuchte.“

Die Bestattung bemüht sich. Sie stellt ein paar Stühle im Freien auf, um alters- und gesundheitsbeeinträchtigten Menschen Plätze anbieten zu können. Im Vergleich zu den Aufbahrungshallen in anderen Städten ist dies aber ein armseliger Anblick. Eine Bezirksstadt wie Judenburg müsste sich aber ihres An-

sehens bewusst sein – oder werden.

Christine Erschbaumer: „Daher mein Appell zuerst an die Bürgermeisterin Grete Gruber und dann an den Direktor der Stadtwerke Mag. Manfred Wehr, bald eine Planung für die neue Aufbahrungshalle vornehmen zu lassen. Ich erlaube mir nochmals, auf das Projekt in Trofaiach hinzuweisen. Niemandem fällt ein Stein aus der Krone, wenn ein vernünftiger Ratschlag entgegengenommen und nicht ignoriert wird, bloß weil er aus einer anderen politischen Ecke kommt“.

Buwog- Immofinanz: Hin und Her

Früher war die Buwog eine seriöse Wohnungsgesellschaft für Bundesangestellte. Dann wurde sie unter Finanzminister Grasser an die Immofinanz verkauft. Nun kreist der Pleitegeier über dieser Firma. Auch in Judenburg gibt es Buwog-Häuser (Theodor Körner Platz). Heute ist wieder davon die Rede, die Buwog an die Bundesimmobiliengesellschaft BIG zurück zu verkaufen – zu wesentlich mehr Geld als damals, denn die Immofinanz braucht dringend Geld. Ohne diese Privatisierung hätte der Bund sich und den Mieterinnen und Mietern viel erspart. **Mit Wohnraum darf man nicht spekulieren!**

KPÖ Büro geöffnet

Das KPÖ-Büro des Bezirks am Fohnsdorfer Josefiplatz 3 ist Mittwoch von 16 bis 18 Uhr und Donnerstag von 10 – 12 Uhr geöffnet.

Tel. 035 73 / 21 66



Wir wünschen unseren treuen Leserinnen und Lesern
erholsame Weihnachtsfeiertage und ein glückliche Neues Jahr 2009!
GR Christine Erschbaumer
KPÖ Steiermark



KPÖ

Anni Leitner-Weg

Am 4. November wurde der Anni-Leitner-Weg feierlich eingeweiht. Dabei sprach auch KPÖ-Landtagsklubobmann Ernest Kaltenegger, der hervorhob, dass es der Stadt Judenburg zur Ehre gereicht, eine Mitbürgerin zu ehren, die sich in der Nazizeit unter Einsatz ihres eigenen Lebens gegen ein Unrechtsregime gewehrt hat.

Ohne die Initiative der KPÖ und von Gemeinderätin Christine Erschbaumer wäre diese Straßen/Wegbenennung nicht zustande gekommen. Vorher war keine einzige Straße in Judenburg nach einer Frau

benannt gewesen.

Anni Leitner wurde am 4. Jänner 1945 von den Nazis im Landesgericht Graz hingerichtet, weil sie als Kommunistin Widerstandskämpfer unterstützt hatte.

Stadtmuseumsdirektor Michael Schiestl erinnerte in einem Kurzvortrag an Verfolgung und Widerstand in der NS-Zeit.

Bei der Wegeröffnung waren Gemeinderatsvertreter von SPÖ und KPÖ anwesend. Im Gemeinderat sind auch ÖVP und FP vertreten. Dort haben sie ihre Zustimmung zum Anni Leitner-Weg gegeben.



LESERBRIEF

Kerzen gegen die Armut?

Die rasant ansteigende Armut in der Steiermark bzw. in Österreich kann nicht mehr geleugnet werden. Die verschiedenen Hilfsorganisationen – angefangen von der Caritas – sprechen davon, dass sich immer mehr Hilfsbedürftige an sie wenden. Und man sollte meinen, dass durch die entsprechende Hilfe dieser Organisationen das Problem der Verarmung nach einiger Zeit gelöst wird. Tatsächlich ist aber das genaue Gegenteil der Fall. Trotz vermehrter Anstrengungen können die Hilfsorganisationen den steigenden Andrang von Hilfesuchenden kaum noch bewältigen.

Dies zeigt wieder einmal, dass ein Problem nicht dadurch gelöst wird, dass man gegen die Symptome vorgeht, sondern das Problem an der Wurzel bekämpfen muss. Die sozialen Missstände sind ja hinlänglich bekannt. Gegenüber den

lautstarken Protesten reagieren die zuständigen Politiker kaum, obwohl sie in Sonntagsreden gerne darauf hinweisen, dass Österreich das 7. reichste Land der Welt sei. Auf die leisen Proteste wie das Anzünden von Kerzen auf öffentlichen Plätzen gibt es meist überhaupt kein Echo.

Leider fehlt den meisten Menschen die nötige Courage, konsequent gegen die Konzernbosse – die Verursacher der Armut – aufzutreten. Noch immer durchschauen viele Menschen nicht, dass die SPÖ schon längst eine durch und durch verbürgerlichte Partei ist und sich nicht von der ÖVP unterscheidet. Die SPÖ-Führer haben sich immer wieder als Bremser bei politischen Aktionen erwiesen.

Wie sich zeigt, ist man

mit den Meldungen über Kurzarbeit und Kündigungen bis nach den Wahlen herausgerückt, obwohl man die ganze Entwicklung schon lange vorher erkannt hat. Das ist wirklich er-

bärmlich! – Übrigens, beim bevorstehenden Opernball besteht für die diversen Hilfsorganisationen die Chance, jene richtigen Leute zu treffen, die an der Armut der Leute verdienen.

Und sie sollte man um eine namhafte Spende anpumpen. Sie geben ja an einem Abend mehr aus, als Kassiererinnen von Warenmärkten in mehreren Monaten bekommen.

E. H.



SAALVERMIETUNG

Günstige Gelegenheit für Veranstaltungen und Feiern!

Die Resti-Fohnsdorf

Suchen Sie Räumlichkeiten für eine größere Gesellschaft?

**Anfragen:
KPÖ Fohnsdorf
Tel. 035 73/ 21 66**



30€

**Gutschein:
30 EURO RABATT bei
Saalvermietung**

einlösbar bis 31. 12. 2008 (pro Vermietung nur ein Gutschein gültig!)

WAS UNS EIN- UND AUFFÄLLT...

...dass fast alle **Geschäfte** in der Kaserngasse zugesperrt haben.

✕

...dass die Beschäftigten von **Leihfirmen** bei Kündigungswellen in den Betrieben als erste drankommen.

✕

...dass der SPÖ-Industriepapst **Hannes Androsch** jetzt hunderte Beschäftigte bei AT&S- in Leoben Hinterberg gekündigt hat. Die Maschinen werden nach Indien verlagert.

✕

...dass die Stadt Judenburg Mitglied des Vereins **Schulungszentrum** Fohnsdorf wurde.

✕

...dass viele **Manager** auch in der Krise noch in Saus und Braus leben und Millionen kassieren.

...dass die frühere SPÖ-Mustergemeinde **Trieben** pleite ist. Ein Regierungskommissär wurde eingesetzt.

✕

...dass der **Personalabbau bei den ÖBB** zu gefährlichen Situationen führt. So wird nicht immer darauf geachtet, ob alle Passagiere schon ein- oder ausgestiegen sind, bevor sich der Zug in Bewegung setzt.

✕

...dass der BZÖ-Generalsekretär **Martin Strutz doppelt kassiert**: 8300 Euro als Generalsekretär und 6896 Euro als Dritter Kärntner Landtagspräsident. Mit 15.196 Euro verdient er immer noch deutlich mehr als Kärntens Landeshauptmann (13.837)!

Lohnkürzungen sind kein Ausweg!

Industriellenpräsident **Veit Sorger** will Lohnkürzungen bis zu 25 % in der österreichischen Autoindustrie und bei den Zulieferbetrieben.

Er will, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter dafür zahlen, dass die Herrschaften weiter alle Zügel in der Hand halten und auf dem hohen Ross sitzen können.

Dabei haben die Mana-

ger, die Wirtschaftsbosse und die Beraterfirmen versagt und keine Vorkehrungen für die heutige Situation auf dem Autosektor getroffen.

Hat Industriellenpräsident **Veit Sorger** die arbeitenden Menschen vergessen, die jetzt keine Arbeit mehr haben? Hat er vergessen, dass es in den abgelaufenen Jahren eine „Flexibilisierungsmaßnah-

Kommentar

Von KPÖ-Gemeinderätin
Christine Erschbaumer



Pflegegeld: Wehren Sie sich!

Liebe Judenburgerinnen!

Liebe Judenburger!

Es ist mir bekannt, dass Menschen, die einen Antrag auf Pflegegeld stellen, vermehrt abgewiesen werden. Wenn mir diese Menschen ihre Beschwerden klagen, da kann ich die Ablehnung absolut nicht verstehen. Für mich sieht die Sachlage oft nicht nach einer gerechten ärztlichen Beurteilung aus. Die abgelehnten Antragsteller sind verzagt, verärgert und resignieren.

Mein Rat an diese Menschen: Bitte nehmen Sie das Urteil nicht an, gehen Sie sofort in Berufung!

Sollten Sie dafür eine Hilfestellung brauchen, dann wenden Sie sich entweder an mich, an die Sozialabteilung (Stadtamt) oder an die Arbeiterkammer: Kaserngasse 22, 1. Stock. Tel.: 057799 -3600.

Die Arbeiterkammer kann ich Ihnen sehr empfehlen. Sie bekommen einen kostenlosen Rechtsbeistand für das Arbeits- und Sozialgericht Leoben.

Mir als KPÖ-Gemeinderätin ist es sehr wichtig, dass Sie zu Ihrem Recht kommen.

Ihre KPÖ-Gemeinderätin Christine Erschbaumer

me" nach der anderen gegeben hat?

Und hat er vergessen, dass nur eine hohe Massen-

kaufkraft die Konjunktur wieder ankurbeln kann?

Beim Sparen muss man ganz oben beginnen“.



Arbeiterkammerwahl 2009 Peter Scherz: Die Stimme aus dem Betrieb!

WAHL
15. MÄRZ - 1. APRIL
2009

AK
www.akstmk.at



Gewerkschaftlicher
**LINKS
BLOCK**



Neue Regierung braucht Druck von unten

„Diese Regierung braucht starken Druck von unten. Sonst kommen die Interessen der arbeitenden Menschen in Österreich endgültig zu kurz. ÖVP und SPÖ haben jetzt nämlich 5 Jahre Zeit, um ihre Politik des Machterhalts, der Freunderlwirtschaft, des vorseilenden Gehorsams gegenüber der EU und des Abbaus sozialer Errungen-

schaften durchzuziehen. Man fragt sich: Warum haben wir gewählt?“

Das sagte der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder zur neuen Regierung. Das Regierungsprogramm von Faymann und Pröll ist in manchen Punkten noch schlechter für die Mehrheit der Bevölkerung als das gescheiterte Gusenbauer-Molterer-Programm.

Es sieht einen verpflichtenden EU-Anpassungs-Unterricht – von der 1. Klasse der Volksschule an – vor, bekennt sich zum Aufrüstungsprogramm der EU, ist sehr detailliert, wenn es um die Förderung von Großunternehmen und von – wörtlich Risikokapital geht – dafür ist im Kapitel ÖIAG*) nichts von einem Privatisierungsstopp und im Kapitel Post nichts von einer Abwehr

des Personalabbaus und der Schließung der Postfilialen zu lesen. Es wird sogar eine Teilprivatisierung der ÖBB in den Raum gestellt.

Dabei würden die arbeitenden Menschen jetzt eine Regierung brauchen, die dafür sorgt, dass nicht sie, sondern die Verursacher der Krise (Banken und Spekulanten) die Kosten tragen. SPÖ und ÖVP sind ihre eigenen Posten lieber.

*) Österreichische Industrie Holding AG ist die Beteiligungs- und Privatisierungsagentur der Republik Österreich.

Stahl Judenburg: Probleme

Die Krise in der Autoindustrie trifft auch die Stahl Judenburg GmbH.

Heuer wird das Unternehmen erstmals seit Jahren zwischen Mitte Dezember und 7. Jänner – also über die Feiertage – stillstehen. Auch die Schichten wurden bereits reduziert. Kurzarbeit steht im Raum. Kündigungen sind nicht auszuschließen.

Regierung und Parlament dürfen sich jetzt nicht nur um das Schicksal der Banken kümmern, sie sind von den Arbeitern und Angestellten gewählt worden und müssen ihre Interessen wahrnehmen und die Arbeitsplätze sichern.



Dem Bundespräsidenten sollte höchstens das 10fache des jeweiligen Mindestlohnes zustehen!

TIERECKE

Offener Brief an den Landeshauptmann



Christine Erschbaumer
Burggasse II9a
8750 Judenburg

Herrn
Mag. Franz Voves
Landeshauptmann
Hofgasse 15
8010 Graz

Judenburg, 19. November 2008

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann

Mit meinem Schreiben richte ich eine grosse Bitte an Sie. Es geht um das schon geplante Tierheim bei Knittelfeld. Ich führte heute ein Telefongespräch diesbezüglich mit Bürgermeister Schafarik. Ich muss feststellen, dass in Bezug auf die Realisierung Stillstand herrscht.

Laut Bürgermeister Schafarik gibt es noch keine konkreten Zusagen der umliegenden Gemeinden. Frau Bgm. Gruber teilte mir mit, dass Judenburg einmalig Mittel und einen Betrag von Euro 3,-- pro Einwohner lt. Verteilungsschlüssel leistet. Das gilt auch für die anderen Gemeinden der Region. Für die weiteren anfallenden Kosten hat sich das Land Steiermark verpflichtet.

Bgm. Schafarik sagte auch, es gäbe keinen bestellten Koordinator für das neue Tierheim.

Herr Landeshauptmann, bitte sorgen Sie für eine Realisierung dieses notwendigen Projektes.

Jede untätige Zeit ist zu viel.

mit herzlichen Grüßen
KPÖ-GRin Christine Erschbaumer